



Isabel Flynn  
Redaktorin «Zürcher Umweltpraxis»  
Koordinationsstelle für Umweltschutz  
Generalsekretariat Baudirektion  
Telefon 043 259 24 18  
isabel.flynn@bd.zh.ch  
www.umweltschutz.zh.ch

## Was der Blickwinkel auf die (Um-)Welt ausmacht

Des einen Musik ist des anderen Lärm. Die Bewertung von Schall ist eine Frage der Perspektive. Unerwünschter Schall betrifft Akteure mit ganz unterschiedlichen Blickwinkeln.

Einerseits die Verursacher, zum Beispiel Fahrerinnen und Fahrer **lärmiger Einzelfahrzeuge** («Lärm ist out», Seite 5). Andererseits Betroffene, die beispielsweise seit Jahren versuchen, die Quelle leiser, **nerviger Störgeräusche** zu identifizieren («Wenn Brumm- und Summtöne nerven», Seite 7). Und ausserdem die konzeptionell, planerisch tätigen Akteure, die vorsorglich Lärmbeeinträchtigungen verhindern oder zumindest lärmarme Räume schaffen wollen («**Lärmschutz dank Architekturwettbewerb**», Seite 9). Dauerhafter Lärm ist eben nicht nur lästig, er ist erwiesenermassen schlecht für die Gesundheit und müsste vielerorts stark vermindert werden.

So manche Lösung hat allerdings – aus anderer Perspektive betrachtet – ihrerseits Nachteile. (Lärmschutz-)Wände aus Glas etwa, denn eine spiegelnde oder durchsichtige Glasfläche gaukelt Vögeln falsche Landeplätze vor, während die tödliche Falle für sie unsichtbar bleibt («Die unsichtbare Gefahr – **Vögel und Glas**», Seite 13).

«Jede neue technische Idee führt zu zwei neuen Problemen», schlussfolgert Hansruedi Kunz nach 30 Jahren Tätigkeit als Leiter der kantonalen Abteilung Energie. Darum sind seiner Erfahrung nach auch nie die ganz grossen Meilensteine entscheidend, sondern die vielen kleinen Schritte, erklärt er im Interview mit seinem Nachfolger Mathias Möller («**Woher nimmt Zürich künftig seinen Strom?**», Seite 23).

Sacha Peter jedenfalls, der bis letzten Dezember als stellvertretender Amtsleiter die **Neuausrichtung der kantonalen Raumentwicklung** mitprägte, hat nicht nur seinen Blickwinkel, sondern im wortwörtlichen Sinn auch seinen Standpunkt verändert. Als neuer Kantonsplaner des Kantons Solothurn erlebt er die Raumentwicklung sowie interkantonale Kooperationen jetzt aus Sicht des Juniorpartners statt wie bisher aus der Perspektive des grossen, finanzstarken Kantons Zürich (Interview: «In der Raumplanung läuft heute alles anders», Seite 15).

Es lohnt sich, ab und zu Standpunkt oder Perspektive auf die (Um-)Welt zu wechseln und damit einen neuen Blick auf die Welt zu erhaschen. Aber dann gilt es auch, insbesondere durch die Behörden, einen **Interessenausgleich** zwischen den verschiedenen Sichtweisen zu finden.

In diesem Sinn wünsche ich Ihnen viele neue Blickwinkel und Perspektiven.

Herzlich

Isabel Flynn  
Redaktorin Zürcher Umweltpraxis

### **Vernehmlassung: Emissionshandelssysteme Schweiz-EU**

Das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) hat am 25. März 2019 die Vernehmlassung zur Teilrevision der geltenden CO<sub>2</sub>-Verordnung eröffnet. Die Anpassung ist notwendig, damit die Emissionshandelssysteme (EHS) der Schweiz und der EU miteinander verknüpft werden können. Ab 2020 sollen, wie in der EU, auch Emissionen der Zivilluftfahrt und fossiler Kraftwerke in den Schweizer Emissionshandel einbezogen werden. Die Verknüpfung würde den Schweizer Unternehmen den Handel im grösseren EU-Emissionsmarkt ermöglichen.

[www.uvek.admin.ch](http://www.uvek.admin.ch)

### **Revidierte Energieförderungs- und Energieverordnung**

Der Bundesrat hat im Februar 2019 Änderungen der Energieförderungsverordnung und der Energieverordnung verabschiedet. Er passt damit unter anderem die Fördersätze der Einspeise- und Einmalvergütungen für Photovoltaikanlagen an und präzisiert die Rahmenbedingungen für den Zusammenschluss zum Eigenverbrauch (ZEV). Die Änderungen sind per 1. April 2019 in Kraft getreten.

[www.bfe.admin.ch](http://www.bfe.admin.ch)

### **Risikobewertung gentechnisch veränderter Pflanzen**

Der Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen ist in der Schweiz aufgrund eines Moratoriums bis 2021 verboten. Einige gentechnisch veränderte Organismen (GVO) sind als Tierfutter und Lebensmittel bewilligt. Nach der letzten Bewilligung eines GVO organisierte das Bundesamt für Landwirtschaft (BLW) zusammen mit der Schweizer Allianz Gentechfrei (SAG) eine Reihe von Rundtisch-Gesprächen zur Risikobewertung. Der Bericht, der diese Gespräche zusammenfasst, liegt nun vor. Darin werden Beobachtungen festgehalten und Empfehlungen abgegeben bezüglich früherer, heutiger und künftiger Bewertungsverfahren von GVO.

[www.blw.admin.ch](http://www.blw.admin.ch)

### **Vernehmlassung: Verordnungen zu Abfall, Luft und Chemikalien**

Am 14. März 2019 hat das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) das Vernehmlassungsverfahren zu technischen Änderungen an umweltrelevanten Verordnungen eröffnet. Im Mittelpunkt stehen die Anpassung der Ab-

fallverordnung, welche die Regelungen zum Siedlungsabfall aus öffentlichen Verwaltungen präzisiert, sowie die Luftreinhalte-Verordnung, die den Umgang mit Gülle neu regelt. Die übrigen Änderungen betreffen die Verordnungen der Chemikalien-Risikoreduktion und der Altlasten. Die Vernehmlassung dauert bis am 21. Juni 2019.

[www.uvek.admin.ch](http://www.uvek.admin.ch)

### **Multimodale Mobilitätsangebote fördern**

Damit multimodale Dienstleistungen einfacher angeboten werden können, will der Bundesrat mit einer Gesetzesänderung Drittanbietern den Zugang zum Fahrausweis-Vertrieb des ÖV ermöglichen. Mit ergänzenden Massnahmen will er den Zugang zu den Daten und Vertriebssystemen weiterer Mobilitätsanbieter erleichtern. Im Dezember 2018 hat er die entsprechende Vernehmlassungsvorlage verabschiedet. Damit soll die Chance genutzt werden, multimodale Angebote mit dem öffentlichen Verkehr als Rückgrat zu etablieren.

[www.admin.ch](http://www.admin.ch)

### **Nächste Dekade Aktionsprogramm EnergieSchweiz**

Das seit 2001 laufende Aktionsprogramm EnergieSchweiz kann in den Jahren 2021 bis 2030 weitergeführt werden. Es soll zur Umsetzung der Energiestrategie 2050 beitragen als zentrale Plattform für Sensibilisierung, Information, Beratung, Aus- und Weiterbildung und die Qualitätssicherung im Bereich der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien. Das jährliche Budget wird von bisher maximal 55 Millionen Franken auf 44 Millionen Franken reduziert, da vermehrt Drittmittel durch Partnerschaften mit der Privatwirtschaft mobilisiert werden sollen.

[www.admin.ch](http://www.admin.ch)

### **Revidierte Kernenergieverordnung in Kraft**

Der Bundesrat hat im Dezember 2018 die Teilrevision der Kernenergieverordnung genehmigt. Er präzisiert damit die Vorgaben zu den Störfallanalysen von Kernkraftwerken und regelt die Abklinglagerung von radioaktiven Abfällen aus der Stilllegung von Kernanlagen. Die neuen Bestimmungen sind am 1. Februar 2019 in Kraft getreten.

[www.admin.ch](http://www.admin.ch)

## **Verbreitete Irrtümer «Regen führt als Hochwasser zu Schäden»**

Bisher standen Hochwasser führende Bäche und Flüsse im Fokus der Präventionsbemühungen. Etwa die Hälfte der Schäden wird jedoch durch Regenwasser verursacht, das nicht versickert und direkt in Gebäude fliesst. Eine neue Hinweiskarte zeigt nun, wo dies passieren kann. Wer sich auf der Karte informiert, kann Schäden voraussehen. Oft genügen einfache Massnahmen, um sich zu schützen.

Die «Gefährdungskarte Oberflächenabfluss» ist auf dem GIS-Browser des Kantons Zürich einsehbar.

[www.maps.zh.ch/oberflaechenabfluss](http://www.maps.zh.ch/oberflaechenabfluss)

### **Neuer Kantonsbaumeister im Kanton Zürich**

Der Regierungsrat hat Thomas Jung, dipl. Architekt ETH/SIA, zum neuen Kantonsbaumeister und Chef des Hochbauamts ernannt. Er hat seine neue Aufgabe am 11. März 2019 angetreten. Nach dem Architekturstudium an der ETH Zürich war Thomas Jung Stadtarchitekt und Leiter der Hochbauabteilung der Stadt Dietikon, Kantonsarchitekt und Bereichsleiter Immobilien des Kantons Basel-Landschaft und als Leiter Akquisition Öffentliche Bereiche im Bauunternehmen Losinger Marazzi AG tätig.

[www.news.zh.ch](http://www.news.zh.ch)

### **Roadmap zur Förderung der Elektromobilität**

Auf Einladung von Bundesrätin Doris Leuthard haben im Dezember 2018 in Bern Vertreter der Automobil-, Elektrizitäts-, Immobilien- und Fahrzeugflottenbranche und deren Verbände sowie Vertreter von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden eine gemeinsame Roadmap zur Förderung der Elektromobilität unterzeichnet. Ziel der Roadmap ist, den Anteil der Elektrofahrzeuge an den Neuzulassungen von Personenzugmaschinen bis 2022 auf 15 Prozent zu erhöhen.

[www.uvek.admin.ch](http://www.uvek.admin.ch)